

Der Angriff der Hausbesitzer

Vor der Aufhebung des Mieterschutzes

Am 31. Dezember läuft das Mieterschutzes ab. Die Bürgerblockregierung, den anstürmenden Hausbesitzern entgegenkommend, ist nun dabei eine Neuregelung zu treffen, die die Mieter der Willkür der Hausbesitzer aussetzt. Die Hausbesitzer verlangen die Beseitigung des Mieterschutzes zum 30. Juni 1928.

Zur Neuregelung des Reichsmieten- und Mieterschutzes hat der Wohnungsausschuss im Reichstag bekanntlich schon erstmals am 8. November Stellung genommen. Nach den dort zur Beratung gekommenen Vorschlägen sollen die Hausbesitzer das Recht zur Kündigung in weit größerem Maße wie bisher erhalten. Konnte bis jetzt eine Kündigung nur gerichtlich ausgesprochen werden, so soll jetzt der Hausbesitzer die Möglichkeit erhalten, durch einen Gerichtsschreiber die Kündigung ausfertigen zu lassen. Erbt dann der Mieter nicht fröhlich genug Einspruch, dann ist die Kündigung rechtskräftig. Man rechnet damit, daß die Mieter des Gesetzes unkundig sein werden und die Einspruchsfrist versäumen. Der Vermieter ist berechtigt, die Kündigung auszusprechen zu lassen, wenn die Monatsmiete bis zum 15. d. M. nicht rasch bezahlt ist. Bei den hochgetriebenen Mieten würde dann eine massenweise Kündigung einsetzen. Die Zahl der Wohnungslosen würde dann gewaltig steigen. Die Mieterschaft muß diesen Anschlag entschlossen abwehren. Der realitätsnähere Charakter dieses neuen Gesetzesvorschlages wird dadurch besonders gekennzeichnet, da nach den Angaben des Preussischen Statistischen Amtes 1 700 000 Wohnungen in Deutschland fehlen.

Nicht die soziale Lage der Mieter, sondern die Profitgier der Hausbesitzer ist für diesen Vorstoß maßgebend. Die KPD-Landtagsfraktion hat im Landtag einen Antrag gestellt, in dem sie verlangt, daß die sächsische Regierung ihren Vertreter im Reichsrat anweisen soll, gegen das

Gesetz mit aller Entschiedenheit Stellung zu nehmen.

Auch um diese Anweisung zu erzwingen, müssen die sächsischen Mieter mit aller Kraft auftreten, um dem Antrag der KPD zur Annahme zu dringen. In der letzten Sitzung des Rechtsausschusses haben die bürgerlichen Parteien, einschließlich der ASP, ihren mieterfeindlichen Charakter offen gezeigt. Diese Parteien lehnten in der Sitzung alle kommunistischen Anträge, überhaupt alle Anträge, die einen weiteren Schutz für die Mieter forderten, ab. Die KPD verlangte die Rückgängigmachung der Oktober-Mieterhöhung, sie forderten weiteren Mieterchutz und Stellungnahme gegen jede Durchbrechung der bestehenden Schutzbestimmungen. Schon viermal hatten diese Anträge im Rechtsausschuss zur Beratung gestanden. Immer hatten die Regierungsparteien die Anträge vertagt. In der vorhergehenden Sitzung hatte der Vertreter der Hausbesitzer, Abg. Großmann erklärt, daß am 1. Januar die Hausbesitzer eine neue Mieterhöhung oder Abgaben von der Mietzinssteuer forderten. In der letzten Ausschusssitzung lehnten die Regierungsparteien die Anträge ab. Um den Verrat an den Mietern zu verschleiern, erklärten sie, die Anträge seien überholt. Dabei fanden einige Anträge, die absolut nicht überholt waren, sondern sich gegen die weiteren Verschlechterungen des Mieterschutzes wandten. Einige Anträge, die überholt waren, waren dies durch die Schuld der Regierungsparteien, die ihre ständige Verschiebung herbeiführt hatten. Angenommen wurde ein ganz belangloser Antrag auf Einführung freiwilliger Schiedsgerichte. Die Mieterschaft muß aktiver auftreten und das Wirken der kommunistischen Landtagsfraktion gegen die Mieterhöhungen unterstützen.

verbunden fühlen als mit dem in dieser Hinsicht immerhin unzuverlässigeren Deutschland. Aber die deutschen Minister werden offiziell dafür gesorgt haben, daß Seipels italienische Sympathien wenigstens nicht so weit getrieben werden, daß etwa durch eine mit italienischer Hilfe erfolgende Aufschüttung von Weizen und schwer zu ändernde Tatsachen geschaffen werden. In dieser Richtung stimmen französische und deutsche Interessen bis zu einem gewissen Punkt überein, und so ist es zu verstehen, wenn nur die äußerste, offen mit Mussolini sympathisierende und das jugoslawische Bündnis mißbilligende Presse in Frankreich gegen den Wiener Besuch der deutschen Minister Sturm blief — wohngegen sich das offizielle Frankreich ruhig verhielt und sogar in vorsichtiger Weise zu verstehen gab, daß man sich auch in diesen Dingen eventuell mit Deutschland verständigen könnte. Natürlich haben die deutschen Minister, um eine derartige Haltung Frankreichs zu ermöglichen, ihre Wiener Reden entsprechend „dümpeln“ müssen und das Wort „Anschlag“ vermeiden; daß es im Hintergrund der ganzen Expedition stand, weiß ohnehin jeder Mensch.

Unter der Deckung dieser Wandlung spielt sich hinter den Kulissen die neue Phase der französisch-italienischen Beziehungen ab: man sucht, indem man Mussolini unter Druck setzt, ihm aber gleichzeitig gewisse Zugeständnisse (hauptsächlich wohl in Syrien, das Frankreich gerne los sein möchte) anträgt, die italienische Bedrohung im Mittelmeer loszuwerden. Gewisse englische Meldungen, wonach Frankreich Spanien seine marokkanische Einflusssphäre ablaufen und Italien durch Abtretung von Syrien für den geforderten Verzicht auf Ausdehnung in Tunis und am Balkan entschädigen wollte, sind sicher nur als Versuchsbalkons zu betrachten — sie zeigen aber doch, daß man in Paris gewisse Schritte zur Erreichung eines zeitweisen Kompromisses macht. Inzwischen suchen freilich beide Teile ihre Position zu härten, und dieses Wettrüsten (nahezu) durch diplomatische, aber zugleich offenbar auch mit militärischen Methoden) kann jeden Augenblick einen Explosionsherd erzeugen.

Die scheinliche Lage hat durch den offenbar endgültigen Zusammenbruch der Hanfau-Clique eine minimale Klärung erfahren — aber auch heute bestehen noch auf dem Boden der Kuomin-tang — Fengguohang ganz abgesehen — zwei Regierungen im Ranking und Kanton. Dabei haben sich während Tschanqschendis Ende die Reste der alten Wupuei-Gruppe im Jangtsetal offenbar wieder erholt, während zwischen Ranking und Kanton ein lebhafter Konkurrenzkampf um das Erbe Hanfaus entstanden ist. Immer mehr zeigt es sich, daß der Bruch mit der Arbeiter- und Bauernbewegung zugleich auch das Ende aller lebendigen Kräfte im bürgerlich-nationalistischen Lager und die Einleitung der völligen Atomisierung Chinas bedeutete: diese Bourgeoisie ist offenbar unfähig, sich zu einer einheitlichen Linie aufzuschwingen.

Zugelöste Lage in England

Im englischen Unterhaus gab es bei der Beratung einer Interpellation über die Lage der Kohlenarbeiter heftige Zusammenstöße. Die Sitzung mußte sogar vertagt werden. Macdonald führte die Opposition. Das bedeutet an sich noch nicht, daß die Macdonald-Deute radikal geworden wären. Aber nach dem vorläufigen Bergarbeiterstreik ist die Lage der englischen Bergarbeiter immer schlechter geworden, so daß selbst die Reformisten jetzt ein parlamentarisches Mandat durchzuführen müssen, um die Bergarbeiter zu beruhigen. Gleichzeitig führt die englische Bourgeoisie einen neuen Angriff auf die Erwerbslosen durch. Die Zahl der Erwerbslosen ist seit Juli d. J. um 70 000, auf 1 100 000 gestiegen. Die Zunahme der Erwerbslosigkeit erfolgt in einem geradezu rasenden Tempo. In der Vormonatszeit lag die Zahl um 32 000 — zweihunderttausend in einer Woche! Das kennzeichnet die Lage. Man will die englische Bourgeoisie die Unterstützungsfähigkeit noch herabrücken. Zeit um die Hälfte soll die Unterstützung vermindert werden. Gleichzeitig führen die Verarmungsbesitzer einen Angriff um die Herabsetzung der Löhne. Ein gleicher Angriff wird von den Eisenbahngesellschaften geführt. In der Baumwollindustrie werden sämtliche Betriebe geschlossen. Ein Lohnkampf steht in der Wolllindustrie bevor. Diese macht ebenfalls eine schwere Krise durch. Hier läuft der Tarifvertrag ab. Die Unternehmer fordern Lohnherabsetzung. 300 000 Arbeiter werden hier betroffen.

Um diese Arbeiter bei der Stange zu halten, um sie zu beruhigen, halten die Abgeordneten der Arbeiterpartei im Parlament kämpferische Reden. Die Arbeitnehmer aber fallen die

Angelegenheit konteret. Von Neunorf in Südwalles zieht ein Trupp von 200 arbeitslosen Bergarbeitern nach London. Sie wollen die 100 Kilometer zu Fuß laufen, um der Regierung die Kollage in die Ohren zu schreien. Die Führer laten alles, um diesen Marsch zu verhindern. Das gelang ihnen nicht. Das Vanzücken dieses Trupps, dem sich in London und auf dem Wege nach dort noch Massen anschließen werden, veranlaßt die Macdonald-Partei zu radikalerer Parlamentsopposition. Der Kampf der Arbeiter in England brodelt wieder auf, und es ist ein Zeichen des Ernies der Lage, daß sogar die Macdonalds ihre — wenn auch parlamentarische — Aktion so steigern müssen.

Die Arbeiter müssen den Kampf. Die KPD wird alle Mittel anwenden, um die Aktionen, die sie noch von diesem Kampfe abhalten, zu zerstören.

Die Arbeitermassen antworten dem Trokismus

II. Riga, 17. Nov.

Nach Moskauer Meldungen sind durch die vom Zentralkomitee der kommunistischen Partei beschlossenen Neuanwerbungen allein in den letzten Tagen 7815 neue Mitglieder in die kommunistische Partei aufgenommen worden.

So muß als selbst in bürgerliche Nachrichtenagentur aus der antibolschewistischen Schwindzentrale in Riga den gewaltigen Erfolg der KPD bejubeln. Das Ergebnis des 10-Jahre-Jubiläums unter russischen Bruderpartei dürfte zweifellos noch viel größer sein. Es kann sich bei dieser Meldung nur um ein Teilergebnis handeln. So antworten die russischen Arbeitermassen dem Trokismus und widerlegen damit alle sozialdemokratischen Schwindmeldungen, die im Ausschluß der Oppositionsführer Trotski und Sinowjew den Beginn des Zerfalls der kommunistischen Partei der Sowjetunion und den Zerfall der Komintern begründen. Die Herrschaften aus dem Lager der antibolschewistischen werden sich täuschen. Die Vertreter der russischen Arbeitermassen zur kommunistischen Partei steht unerschütterlich fest. Alle menschenwidrigen Spekulationen werden ins Wasser fallen. Von den liquidatorischen Elementen befreit, steht die Partei Lenin gestärkter denn je.

Alle Versuche der sozialdemokratischen Presse, mit dem Ausschluß Trotskis und Sinowjews die deutschen Arbeiter zu verwirren, werden fehlschlagen. Kennzeichen an der Sache des Proletariats können sich nur in der Sozialdemokratischen Partei halten; die KPD hat dafür mit ihrem Roste, mit Bauer,

Cheri, Scheidemann und anderen Agenten des Bürger-tums ein klassisches Beispiel geliefert. In den Reihen der Kommunistischen Internationale und ihren Sektionen haben Vertreter am Sozialismus keinen Platz, auch ein Trotski nicht.

Erfolgreicher Eisenbahnerstreik in Halle

Halle, 18. Nov. (Eig. Drahtbericht.)

Wie der Vorwärts meldet, hat gestern mittag die Belegschaft des Eisenbahn-Ausbesserungswerkes Halle a. d. S. eine einmütige Protestaktion gegen die minimale Erhöhung der Ortzulage für Halle a. d. S. durchgeführt, indem sie mittags geschlossen die Arbeit niederlegte und nach dem Verwaltungsgebäude zog. Sie forderte von der Verwaltung, daß sie sich dafür einsehe, daß Halle bei den Ortslohnerhandlungen den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend berücksichtigt werde. Dies wurde von der Werksleitung unter dem Druck der demonstrierenden Arbeiter zugestanden. Werksleitung und Betriebsrat gelang es nur schwer, die empörte Belegschaft wieder zur Arbeitsaufnahme zu bewegen.

Zentrumswahlüber

Der Vorwärts kann einen neuen „Triumph“ feiern: In einer großen öffentlichen Zentrumskundgebung in Wachen sprach der Zentrumsabgeordnete Gusek über die Zentrumspolitik im letzten Jahre. Aus durchsichtigen wahlpolitischen Gründen tritt er eine „scharfe“ Alttage gegen die Deutschnationalen. Er erklärte u. a.: „Wenn die schwarz-weiß-rote Fahne, die wir ehren, von den Rechtsparteien als Parteifähne und als Symbol für den Wahlkampf mit dem versteckten Ziel der Wiederherstellung der Monarchie entfaltet werde, dann sei das Ende der Koalition da...“ (1) Das Zentrum müsse mit allen wahren Helfern der Verfassung zusammenarbeiten. In dieser Beziehung betraute er auch die SPD als durchaus regierungsfähig. Er sei nicht für oder gegen die Sozialdemokratie. Er habe lediglich die Ueberzeugung, daß in Deutschland nicht mehr gegen die Arbeiter regiert werden könne.

Das Stämpfer-Organ will den Wahlüber, den die Zentrumsführer auswerfen, um bei eventuellen Linkswahlen in neuer Koalitionspolitik mit der SPD zu machen, nicht sehen. Ist doch alles Sehnen der reformistischen SPD-Führer auf die Wiederaufrichtung der Weimarer Koalition mit Demokraten und dem Bürgerblock-Zentrum gerichtet.

Um die Gehaltsforderungen der österreichischen Beamten

II. Wien, 17. November.

Im Bundeskanzleramt wurden heute die Verhandlungen der Regierung mit den Beamten wegen der Gehaltsforderung sortiert. Bundeskanzler Seipel teilte mit, daß die Regierung den Beamten die Festsetzung eines sogenannten Valorierungs-zieles anbiete, d. h. es solle anerkannt werden, daß die Bezüge der Bundesangestellten allmählich auf eine Höhe gebracht werden müssen, die eine Lebenshaltung auf einem Niveau ermöglichen, das dem der Vorkriegszeit entspreche. Mit den Verhandlungen über das Valorierungsziel solle die Ordnung der dienstrechtlichen Fragen (Streitrecht) verbunden werden. Der Finanzminister legte darauf den Beamtenvertretern die von der Regierung in Aussicht genommenen Zugeständnisse vor, die Änderungen im sogenannten Spannungsausgleich, erhöhte Kinderzulagen sowie einen Mehraufwand von vier Millionen Schilling für die Altpensionäre im Jahre vorsehen.

Die Beamtenvertreter erklärten sich damit nicht einverstanden, sie wollen morgen zu den Regierungsvorschlägen Stellung nehmen. Die Postangestellten werden am morgigen Freitag mit eigenen Forderungen bei der Reichsregierung erscheinen.

Neun Arbeiter ertrunken

II. Komno, 18. November. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist infolge des starken Eisganges auf dem Ruffe Oka in der Nähe von Rischnino vier eine Fröhre mit neun Arbeitern untergegangen. Die Arbeiter sind ertrunken.

Ein Tornado über Washington niedergegangen

II. Neunorf, 18. November. Nordost-Washington wurde von einem Tornado heimgesucht, durch den verschiedene Häuser abgedeckt wurden. Das Schulhaus wurde gleichfalls beschädigt. Glücklicherweise sind nur fünf Verletzte zu verzeichnen. Der Schaden ist gering. Der Regierungsdistrikt ist unberührt.

Voraussetzliches Wetter am 18. und 19. November: Nach-land: Nachts leichter Frost, tagüber Temperaturen über Null. Wäfige Winde östlicher Richtungen. Wolfig bis zeitweise bedeckt ohne erhebliche Niederschläge. Gebirge: Fortbestand des Frostwetters. Wolfig bis zeitweise bedeckt. Nur örtlich bedeutender Schneefall. Lebhaftige Winde aus nördlichen bis südlichen Richtungen.

Betrogene Aufwerter

Die Kleinen Spater, die durch die Inflation geplündert wurden, klammern sich an Hoffnungen, nochmals ihr Geld zurück-zuerhalten. Es ist geradezu bezeichnend für diese Kreise, daß sie trotz aller Erfahrungen nicht klüger werden. Da diese Leute, zum großen Teil keine Bürger, die Zusammenhänge der Politik nicht übersehen, ist es wenig verwunderlich, daß sie auf jeden, der ihnen verspricht, für die Aufwertung der verlorenen Gelder einzutreten, hereinfallen. Ein kleines Beispiel dafür ist die Aufwertergruppe im Sächsischen Landtag. Diese Leute, die den betroffenen Spatern einen Kampf für das verlorene Geld versprochen haben, haben nun seit dem Jahre, seit dem sie im Landtag sitzen, weiter gar nichts für ihre Wähler getan. Sie spannten sich sofort an den Reglerstalten und vertreten dabei praktisch die Politik der Volksparteier, die die eigentlichen Entzainer der Kleinen Spater sind. Diese Aufwerter haben die Lage ihrer Wähler eher mehr erschwert als erleichtert. Sie stimmten allen Mieterhöhungen zu. Sie unternahmen nichts gegen den Steuerdruck gerade auf die Mittelständler, sie waren für die Forderungen des Mieterschutzes für die Geschäftsleute. Die Wahl dieser Aufwertungshelden war ein glatter Reinfall.

Noch stärker ist aber der Reinfall, den die Aufwerter mit ihrem famosen Betriebsanwalt Winter erlebt haben. Dieser Winter versprach ihnen die Aufwertung ihrer 100- und 1000-Markcheine. Vor einigen Tagen erfuhr man nun, daß Winter aus Leipzig, seines bisherigen Sitzes, verschwunden sei. Vorher schon hörte man, seine Frau war mit einem seiner Mitarbeiter unter Mitnahme von 12 000 Dollar = 48 000 Mark durchgegangen. In Hannover wurde die Ehefrau mit ihrem Liebhaber aufgegriffen und kehrte zu Winter zurück. Dieser nahm sie auch in Ehren wieder auf. An sich sehr vernünftig und Lebenswert. Dann aber zog Winter mit seiner Ehehälfte aus, schüttelte den Staub Leipzigs und ganz Deutschlands von seinen Füßen und zog nach dem Ausland. In den Zeitungen erschienen Mitteilungen, daß Winter ungeheure Vermögen mitgenommen habe. An seiner Großsüße habe er allein 300 000 Mark verdient. Für Winter war der Kampf um die rotgestempelten Tausender immerhin ein annehmbares Geschäft. Diese Mitteilungen über den Auszug Winters aus Deutschland rief einige Erregung unter seinen Anhängern hervor. In einer Anzahl Orte fanden Versammlungen der Anhänger der Winter statt. Diese Versammlungen zeigten recht „erfreuliche“ Bilder von den Führern der

Aufwerter. In Dresden fand gestern eine Versammlung statt, in der ein Herr Schmidt sprach. Die Versammelten konnten auch aus diesem Referat nicht erfahren, was Winter denn nun eigentlich für die Aufwerter getan und wo er sich jetzt befindet. Auf einige diesbezügliche Fragen antworteten Redner und Einberufer, daß sie über den Aufenthaltsort keine Auskunft geben dürften, dann stellte der Versammlungsleiter fest, daß festgestellt wurde, Winter habe bisher keine Klage gegen die Reichsbank eingeleitet. Winter behauptete immer das Gegenteil, er erklärte seinen Anhängern, er führe einen erbitterten Rechtsstreit gegen die Reichsbank. Jetzt zeigt sich für jeden vernünftig denkenden Menschen, daß Winter gar nichts getan hat, wie die armen Teufel, die auf ihn Vertrauen gesetzt haben, an der Nase herum zu führen. Das wollen aber die Aufwerter auch heute noch nicht recht glauben. Die gestrige Versammlung zeigte, daß diese Leute, die immer noch annehmen von ihrem verlorenen Geld etwas wieder zu erhalten, sich selbst jetzt noch an den ausgerissenen Winter klammern. Man braucht sich darüber weniger zu wundern. Diesen doch auch Menschen des 20. Jahrhunderts scharenweise nach Konnersreuth. Die Aufwerter Schwärmen immer noch auf ihren Winter, trotzdem sie gestern wieder um eine Erfahrung reicher geworden sein müßten. Als ein Versammlungsteilnehmer die Beschlagnahme der Kasse verlangte, zeigte sich, daß Kassierer und Referent ausgerissen waren.

Die Aufwerter sollten endlich begreifen, daß sie ihr Geld los sind, daß die Interessen des deutschen Kapitals, des neudeutschen Imperialismus diesen Raubzug auf die Taschen der Kleinen Besitzer benötigten. Kein noch so laut schreiender Betrüger wird die verlorenen Gelder zurückbringen. Die Spargroschen für das Alter sind unwieberbringlich dahin. Winter ging laufen, nachdem er sein Geschäft gemacht hat und die Aufwerter nicht mehr dauernd an der Nase herumzuführen kann.

Wenn die betroffenen Kleinen Spater nicht begreifen werden, daß nur ihr gemeinsamer Kampf, Seite an Seite mit den Arbeitern gegen die kapitalistische Gesellschaft, auch ihre Lage zu bessern vermag, dann werden sie Phantasien nachhängen, aber nie etwas erreichen. Alle die Gesellen, die ihnen bisher Hilfe versprochen, haben sie nur schamlos getäuscht. Der Pfah der betroffenen Spater ist nicht bei Betrügern und Katten, sondern bei der revolutionären Arbeiterschaft.